



Treff Streikkundgebung an der U-Bahnstation vor dem Parlament

haft des Transportbereichs

Wir trafen uns mit Kollegen des ÖPNV Athens in Piräus in ihrem Gewerkschaftsbüro auf der Endstation der Piräus-Linie. Es waren sowohl mehrere Gewerkschaftsorganisationen vertreten als auch engagierte Kollegen.

Verwirrend war für uns, dass praktisch jeder Betriebsbereich mindestens eine Gewerkschaft hat. Insgesamt sind dort sieben Gewerkschaften aktiv, von denen eine z.B. 180 Mitglieder von 1005 Beschäftigten hat, eine andere vertritt 50 Beschäftigte des Kontrollzentrums. Alle sind Mitglied des Verbandes für den Transportsektor. Ebenso gibt es einen regionalen Verband für die Stadt Piräus. Alle sind auch Mitglied des Dachverbandes der GSEE.

Die vertretenen Gewerkschaftsfunktionäre berichteten erst über ihre Situation, die seit drei Jahren von massiven Angriffen geprägt ist: Lohnkürzungen bis zu 30%, Entlassungen, Rentenkürzungen, Beseitigung gewerkschaftlicher Rechte, Privatisierungen, Wirtschaftskrise (seit 2009 Rückgang BIP um 22%). Jetzt wird gerade über das dritte Sparpaket verhandelt, das eine weitere Verschlechterung bringen wird. Die Angst war mit Händen greifbar.

Ich berichtete von unseren Erfahrungen im Kampf gegen die Privatisierung der S-Bahn Berlin:

- Wie die kämpfenden KollegInnen dabei von den jeweiligen Gewerkschaftsführungen und den Betriebsräten im Stich gelassen wurden. Mein Fazit dazu: Kampf um unsere Gewerkschafts-Organisationen.
- Ein Beispiel von der Dienstdauer der Lokführer bei den privaten Güterverkehrsunternehmen (22 Stunden auf der Lok), war so etwas wie der Startschuss für eine lebhaft Diskussion, die über Grußworte an uns von den griechischen Kollegen geführt wurde. Dabei kam auf einmal zur Sprache, dass auch ihr Dachverband die Basis im Stich gelassen hat.

Es scheint also durchaus ähnliche Probleme zu geben, wie wir sie in Deutschland kennen. Obwohl die Differenzen nur indirekt zur Sprache kamen, war die Situation plötzlich ganz angespannt.

Sie berichteten uns, dass die Transportgewerkschaften für den Donnerstag (20. September) einen Streik gegen die Sparpolitik planen. Sie wollen um den Erhalt ihres Lohnes kämpfen, denn die dritte Überweisung der EU, verbunden mit einer weiteren 13%-Lohnkürzung, stand bevor. Das Besondere in ihren Streikforderungen war, keine Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV Athens vorzunehmen.

Von der Streikdemo möchte ich kurz berichten. Hier kamen wir mit Kollegen der Metro ins Gespräch, die uns über ihren sozialen Abstieg berichteten:

- Nico verdiente in Berlin in einem griechischen Restaurant etwa 2000 Euro (einschließlich Trinkgeld);
- Er ging 2005 wieder nach Athen, ist dort Verantwortlicher für die Materialausgabe bei der Metro, Familiengründung und Wohnungskauf. Mit seinem Lohn (zwischen 1300 Euro bis 1500 Euro) konnte er noch einen normalen Lebensstandard halten;
- Seit 2010 gab es den Verlust von 40% des Gehalts, er verdient heute nur noch 800 Euro brutto
- oben drauf kamen mehrere Steuererhöhungen, beispielsweise 4 Euro pro qm² für Wohneigentum – eingetrieben mit der Strom-Rechnung und, und, und;
- befragt, wie seine Familie über die Runden kommt, verweist er auf seinen Kühlschrank. Außer 2 Liter Milch für seinen dreijährigen Sohn befände sich dort nur Kondenswasser;
- und er berichtete über die Anmache eines Arbeitslosen (am Kiosk), er hätte doch Arbeit und streike für Lohn, die Arbeitslosen hätten gar nichts mehr.

Sein Fazit: **»Die Arbeiterbewegung sei durchaus aktiv, so habe es in letzter Zeit alleine sieben größere Streiks gegeben, die unabhängig von der Führung der Dachverbände durchgeführt worden seien. Natürlich sei die große Zersplitterung in Tausende von Gewerkschaften eine Schwäche. Bemerkenswert sei aber, dass die Arbeiterbewegung sich insgesamt politisiert habe, denn ohne politischen Kampf gegen die Regierungspolitik seien gar keine Erfolge mehr möglich.«** ■



Selbstverwaltete Betriebe und Einrichtungen

Bei den Beschäftigten von »Bio Metaliki« in Thessaloniki

Thessaloniki war für uns ein Reiseziel, weil wir im Vorfeld von der Besetzung eines Krankenhauses in Kilkis in der Nähe von Thessaloniki erfahren hatten. Anna war Mitglied unserer Reisegruppe. Sie arbeitet in einem Krankenhaus in Wien und hatte zuvor Kontakt zu den BesetzerInnen dieses Krankenhauses aufgenommen. Ärzte und Krankenschwestern hatten das Krankenhaus besetzt um gegen die unzumutbaren Kürzungen im Gesundheitsbereich zu protestieren. Eine Zeit lang konnte das Krankenhaus den PatientInnen kostenlos Leistungen anbieten.

In einer Kneipe in Thessaloniki trafen wir mit der Ärztin Leta Zotakis zusammen Sie ist die Vorsitzende der Gewerkschaft der KrankenhausärztInnen von Kilkis. Sie berichtete, dass die Besetzung nicht aufrechterhalten werden konnte. Der Druck der Krankenhausleitung war zu groß und die Beschäftigten waren nicht einig und entschlossen genug, diesem Druck standzuhalten.

Zusammen mit den Privatisierungsgegnern Giorgos, Maria und Eleni trafen wir Kostas Marioglou den Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaft des kommunalen Wasserbetriebs in Thessaloniki. Die Privatisierung des Wasserbetriebs ist eine Auflage der Troika. Absurd findet Kostas, weil der Erlös des Verkaufspreises durch die Gewinne in drei Jahren ausgeglichen wird. Interessant an diesem Treffen war, dass die Gruppe in einem europäischen Netzwerk gegen Wasserprivatisierung zusammenarbeitet, das im Juni ein Treffen in Italien abgehalten hatte. Neben der Verteidigung der Wasserversorgung will die Gruppe Alternativen fördern und die Menschen ermutigen ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Baustoffhersteller in Hand der Belegschaft

Auch Makis gehört zu den Unterstützern. Er ist der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft von Bio Metaliki. Das Unternehmen stellte Baustoffe her. Nach dem Konkurs des Mutterkonzerns gab es für Bio Metaliki keine Aufträge mehr. Seit dem Mai 2011 haben die Arbeiter keine Löhne

bekommen, und im Juli hatte sich der ehemalige Besitzer endgültig abgesetzt. Unstrittig ist, dass das Inventar inzwischen den Arbeitern gehört. Was fehlt, sind die Besitztitel. Solange sie diese nicht haben, dürfen sie keine Produkte ausliefern. Die Arbeiter wollen sie vor Gericht einklagen, aber das Verfahren zieht sich hin.

Aus dem turbulenten Stadtzentrum von Thessaloniki fahren wir in ein weitläufiges Industriegebiet. Nach einem besetzten Betrieb sah es hier nicht aus. Es gab keine Transparente und keine Streikposten, dafür aber wir eine herzliche Begrüßung von ca. 15 Arbeitern. Weil die Belegschaft sich nicht mit der Arbeitslosigkeit abfinden will, hat sie den Betrieb besetzt und will weiter produzieren. Um ihr Ziel, eine Arbeiterkooperative, durchzusetzen müssen sie politisch Druck machen. Dafür wurde eine »Karawane der Solidarität« organisiert, die in Alexandropolis ganz im Nordosten startete, unterwegs weitere Teilnehmer einsammelte und Mitte Oktober in Athen eintraf. Ein Solikonzert zur Mobilisierung brachte die nötigen Finanzen

Milenko, ein serbisches Mitglied unserer Delegation, sieht Parallelen zur Situation in Serbien, wo bereits eine Reihe von Betrieben von den Arbeitern übernommen wurde. Es gibt auf dem Balkan ähnliche Kultur- und Wirtschaftsstrukturen. Das Koordinationskomitee der besetzten Betriebe, in dem Milenko arbeitet, könnte ein Modell auch für andere Balkanländer sein.

Das solidarische Gesundheitszentrum

Am Samstag besuchten wir das Gesundheitszentrum der Solidarität in Thessaloniki. Der erste Eindruck war, dass hier in einem politischen Projekt gearbeitet wird: Antifaschistische Plakate, Informationen in mindestens vier nichteuropäischen Sprachen hängen neben Kinderzeichnungen. An diesem Tag hatten der Kinderarzt Moises und eine Zahnärztin Dienst. Anastasia, die Psychotherapeutin hatte sich an ihrem arbeitsfreien Samstag extra für uns für uns Zeit genommen. Insgesamt arbeiten ca. 40 Ärzte/innen

sowie weiteres medizinisches Fachpersonal ehrenamtlich und unentgeltlich. Die Räume gehören der Regionalorganisation Thessaloniki des Griechischen Gewerkschaftsverbandes und werden dem Gesundheitszentrum unentgeltlich überlassen.

Ursprünglich zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen gegründet, wird es zunehmend von GriechInnen in Anspruch genommen, die die fälligen Gebühren des staatlichen Gesundheitssystems nicht mehr aufbringen können. Dabei steht eine weitere Verschlechterung der Gesundheitsversorgung bevor. Von den ca. 140 staatlichen Krankenhäusern sollen 60 zusammengelegt bzw. geschlossen werden. Moises und Fanny erklärten uns, dass das Gesundheitszentrum nur eine Art erste Hilfe bieten kann. Für Therapien und längerfristige Behandlungen reichen die Kapazitäten nicht. Hier setzt der politische Anspruch an. Neben der eindeutig antirassistischen Positionierung wird die Durchsetzung des Rechtes auf medizinische Behandlung auch für die sozial Schwachen gefordert.

Die Ärzte/innen des Zentrums intervenierten in den öffentlichen Krankenhäusern, um eine »Blutspendenaktion« der Faschisten zu stoppen, die aufgerufen hatten, griechisches Blut nur Griechen zu spenden. Die Krankenhausleitungen hatten die Aktion erlaubt. Letztlich mussten die Faschisten ihre Aktion abbrechen. Es waren ohnehin nur ihre eigenen Anhänger, die zum Spenden gekommen waren. Der Unsinn dieser Aktion war offensichtlich, aber sie haben es wieder mal geschafft, mit ihrer Propaganda in die Medien zu kommen.

Wir übergaben unsere gesammelten Spenden in der Gewissheit, dass das Geld einer wichtigen politischen Initiative zu Gute kommt, die in Griechenland weiter Schule machen wird. ■

Das folgende Interview zur Arbeit der »sozialen Krankenstation der Solidarität« in Thessaloniki haben wir der »Graswurzelrevolution 373« entnommen. (Interview und Übersetzung Ralf Dreis)

Interview mit Serafía Kalamítsou

37 Jahre, Kinderärztin, Anarchistin und von Beginn an im SKS aktiv.

RD: Hallo Serafía, kannst du als erstes etwas zur Situation in Griechenland sagen und dann erklären von wem die Idee des Aufbaus der SKS ausging und wie sie umgesetzt wurde.

SK: [...] Im Februar 2011 während des Hungerstreiks von 300 Immigranten, die für einen legalen Aufenthaltsstatus in Griechenland kämpften, fanden wir uns als unterstützende Gruppe zusammen. 50 der Hungerstreikenden waren im Arbeiterzentrum Thessaloníkis untergebracht und hatten um Hilfe von Menschen aus dem Gesundheitsbereich gebeten. Verschiedene ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und PsychotherapeutInnen – hauptsächlich AnarchistInnen, Antiautoritäre und Linke – gründeten daraufhin eine solidarische Krankenstation im Arbeiterzentrum um die Hungerstreikenden ärztlich zu begleiten. Die lebten zum Großteil schon seit vielen Jahren ohne legalen Status in Griechenland und hatten immer wieder Anträge eingereicht und viel Geld an diverse Behörden gezahlt um legale Aufenthaltspapiere zu bekommen. Letztendlich blieb ihnen nur noch das Mittel des Hungerstreiks um ihre Rechte einzufordern. Nach dessen Ende, und erfüllt vom Enthusiasmus unserer fruchtbaren Zusammenarbeit jenseits der Krankenhausarbeit, beschlossen wir als Unterstützergruppe eine soziale Krankenstation für Flüchtlinge in unserer Stadt aufzubauen.

RD: Am Anfang dachtet ihr also an eine Krankenstation ausschließlich für Flüchtlinge.

SK: Ja, allerdings beschlossen wir schnell, alle Menschen ohne Krankenversicherung mit einzubeziehen, also MigrantInnen und GriechInnen, und noch während wir diskutierten und Plena abhielten, wie das Projekt umzusetzen sei, schlugen die Spardiktate von IWF, EU-Kommission und EZB voll auf die griechische Gesellschaft durch. Mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Nichtversicherten so rapid anstieg, dass inzwischen weit über die Hälfte unserer PatientInnen GriechInnen sind. [...]

RD: Kontrolliert ihr ob eure PatientInnen krankenversichert sind?

SK: Nein, wir wollen das nicht kontrollieren. Wir haben immer wieder öffentlich erklärt, dass wir nicht vorhaben – und es abgesehen davon auch nicht können – das beste-

hende staatliche Gesundheitssystem zu ersetzen. [...] Wir sind für all diejenigen da, die vom kapitalistischen System ausgeschlossen wurden, die aus den Krankenhäusern und Gesundheitszentren rausfliegen und nirgends anders behandelt werden. Wir haben nicht die Absicht für immer zur Verfügung zu stehen, sondern versuchen die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem haben und niemand von der Behandlung im Krankenhaus ausgeschlossen ist. Wir können nur eine gesundheitliche Grundversorgung bereitstellen, doch sobald eine Operation oder eine Wirbelsäulentomografie nötig wird, müssen unsere PatientInnen gezwungenermaßen in irgendein Krankenhaus. Es ist also unabdingbar für alle Menschen eine kostenlose Gesundheitsversorgung zu erkämpfen, unabhängig davon, ob sie krankenversichert sind oder nicht. [...]

RD: In Deutschland interessieren sich viele Menschen für die Arbeit des SKS. Ich denke die Mehrheit dieses sozial engagierten Teils der Bevölkerung, schätzt euer Projekt als karitativen Dienst ein. Stimmt das mit eurer Selbsteinschätzung überein?

SK: In Griechenland gibt es verschiedene Arten sozialer Krankenstationen. Wir bezeichnen uns als »Soziale Krankenstation der Solidarität«, oft ziehe ich persönlich die Bezeichnung »Solidarische Krankenstation« vor, da sie deutlicher ausdrückt für was wir stehen. Es gibt im Moment solidarische Krankenstationen wie uns, die selbstverwaltet und von der Basis auf selbstorganisiert arbeiten, keine Nichtregierungsorganisation (NGO) sind und nicht zur Kirche gehören. Es gibt außerdem soziale Krankenstationen, die karitative Arbeit leisten und von NGO, der Kirche oder Ärztevereinigungen unterhalten werden und es gibt die Nazi-propaganda von Chrysí Avgí (Goldene Morgendämmerung), die »Soziale Krankenstationen nur für Griechen« angekündigt haben. Tatsächlich handelt es sich dabei um Propaganda, da diese Nazi-partei nicht in der Lage ist solche Projekte zu verwirklichen. Eine ihrer so genannten sozialen Krankenstationen war für die Stadt Xánthi in Nordgriechenland angekündigt. Real handelt es sich um einen faschistischen Armeearzt, der nie einen Patienten behandelt hat.

RD: Am 13. September war in der Tagespresse zu lesen, dass Chrysí Avgí zu »Blutspenden nur für Griechen« aufruft.

SK: Ja, die Nachricht stimmt, aber auch dabei handelt es sich um Nazi-Propaganda von Chrysí Avgí mit der sie beweisen wollen, dass sie sich um die Griechen kümmern. GenossInnen aus Athen berichteten, dass sich nur 10 bis 12 Nazis an der Blutspendenaktion beteiligten. [...] Es ist lächerlich und unwissenschaftlich griechisches Blut für griechische Patienten oder deutsches für deutsche zu spenden. Ekelhaft und skandalös ist allerdings, dass die zuständige staatliche Behörde auf Anforderung von Chrysí Avgí tatsächlich eine Blutspendeeinheit zur Verfügung gestellt hat. Die Konföderation der Krankenhausärzte und die Allgriechische Ärztevereinigung haben die rassistische Blutspendenaktion dagegen in ihren Erklärungen scharf verurteilt.

RD: Zurück zu euch und euren Zielen als solidarischer Krankenstation. Außer Menschen ohne Krankenversicherung eine medizinische Grundversorgung zu gewährleisten, zielt ihr durchaus noch auf anderes ab.

SK: Wir haben das Projekt nicht gestartet um unsere Seele mit karitativer Arbeit zu retten, sondern verstehen uns als politisches Projekt mit einem klaren Ziel. Unser Hauptziel als SKS ist es zu zeigen, dass solidarische Strukturen funktionieren und dass es durch solidarische Organisation gelingen kann die Probleme zu überwinden, die durch die ökonomische Krise entstehen. Solidarität bedeutet dabei mehr als nur eine helfende Hand auszustrecken. Solidarische Strukturen können dann wirkungsmächtig werden, wenn Solidarität zum Teil des Bewusstseins wird, nicht nur unserer PatientInnen, sondern auch ihrer Familien, und der Viertel in denen sie wohnen. Während eines solchen Prozesses wird klar, dass solidarische Strukturen nicht nur im Gesundheitssektor geschaffen werden können sondern auch in allen anderen Bereichen unseres Lebens. Dieser Bewusstwerdungsprozess ist sehr schwer in Gang zu setzen. Wenn wir jedoch dabei stehen bleiben nur ein funktionierendes Gesundheitszentrum erschaffen zu haben, war unsere Arbeit umsonst. Erfolg haben wir dann, wenn es gelingt das SKS zum Teil einer allgemeinen Bewegung mit



Wartezimmer des »Gesundheitszentrums der Solidarität« in Thessaloniki

Die Reisegruppe hatte vor ihrer Fahrt ein Spendenkonto eingerichtet. Wir bitten unsere Leser um die weitere finanzielle Unterstützung des gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Widerstandes in Griechenland. Wer den vollständigen Spendenbericht mit Angaben über die geförderten Projekte haben will, bekommt sie als PDF über: arpo.berlin@gmx.de

Spendenbericht

Liebe UnterstützerInnen, hier nun der erste Bericht über die Höhe der eingegangenen Spenden und ihre Verwendung. Zu Beginn der Reise waren genau 4400 Euro eingegangen, die wir auf unsere Reise mitnahmen.

Wir verwendeten sie wie folgt:

- 1) 700 Euro an das »Gesundheitszentrum der Solidarität« in Saloniki
- 2) 700 Euro an die Arbeiter des besetzten Betriebs »Viomechaniki Metalleutiki« in Saloniki
- 3) 500 Euro an ein selbstverwaltetes Gesundheitszentrum in Athen
- 4) 500 Euro an ein soziales Zentrum in Athen

- 5) 500 Euro an den besetzten Campingplatz von Voula
 - 6) 1000 Euro an die im Aufbau befindliche »Redakteurszeitung«
 - 7) 500 Euro an das Arbeiterzentrum von Livadia
- Unsere Maßgabe war, dass wir keine Almosen verteilen wollten, sondern KollegInnen unterstützen wollten, die eigenständig und selbstverwaltet den Widerstand gegen die Spardiktate aufgenommen haben.

Spendenkonto

Manfred Klingele-Pape · Konto-Nr.: 1211 478 910
Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50)
Verwendungszweck: Griechenland-Soli
Wer für ein bestimmtes Projekt spenden möchte, kann das beim Verwendungszweck anmerken.